

Schule soll nicht abseits stehen

Neue Nidwaldner Zeitung, 23.1.2015

NIDWALDEN red. Gegen die Fremdspracheninitiative der SVP Nidwalden, über die am 8. März abgestimmt wird, formiert sich breiter Widerstand. Sowohl ein überparteiliches Komitee als auch der Lehrerverband Nidwalden (LVN) und der Verband der Schulleiter Nidwalden (VSL) haben gestern via Medienmitteilung ihre ablehnende Haltung bekräftigt.

Gegen Insellösung

«Diese Vorlage ist aus Sicht des Komitees ein Schnellschuss und zum heutigen Zeitpunkt nicht sinnvoll», schreibt das Komitee mit Vertretern der CVP, FDP, Grüne und SP. «Der Kanton Nidwalden soll die Sprachfrage nicht im Alleingang lösen, sondern in Koordination mit den umliegenden Kantonen», heisst es weiter. Die Zentralschweizerische Bildungsdirektorenkonferenz habe eine Evaluation in Auftrag gegeben und lasse prüfen, ob sich das im Jahr 2007 eingeführte Modell 3/5 bewähre oder nicht, so die Begründung des Komitees. Das Resultat der Studie werde im Herbst erwartet. «Mit der Annahme dieser Initiative wählt Nidwalden eine Insellösung und steht somit klar im Abseits.» Zudem gefährde eine

Annahme die Attraktivität des Kantons Nidwalden. Ein Systemwechsel würde «sehr hohe Kosten für den Kanton, aber auch für die Gemeinden» verursachen.

Von einem «fatalen Alleingang» sprechen auch der LVN und der VSL. «Erklärte Absicht der Bildungsdirektion ist es, den Französischunterricht an der Primarschule zu streichen», schreiben die Verbände. «Mit grossem finanziellem Aufwand wurden erst kürzlich Lehrerinnen und Lehrer der Primarschule für den Fremdsprachenunterricht in Französisch und Englisch nachqualifiziert.» Der Nidwaldner Lehrerverband und der Schulleiterverband «unterstützen alle Bemühungen, die das heutige Fremdsprachenkonzept verbessern und konstruktive Korrekturen vornehmen». Dies dürfe jedoch nur koordiniert mit den übrigen Kantonen geschehen.

Regierung dafür, Landrat dagegen

Die Fremdspracheninitiative verlangt, dass in Zukunft auf der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. Die Regierung will den Französischunterricht aus der Primarschule streichen und unterstützt das Volksbegehren. Der Landrat dagegen hat sich mit 37:17 Stimmen gegen die Initiative ausgesprochen.